

Gentechnik: eine Zauberwaffe für die ländliche Entwicklung?

2010



VENRO-Positionspapier 1/2010

Inhalt

I. Fakten und Hintergründe	3
II. Grüne Gentechnik schadet der ländlichen Entwicklung – fünf Argumente	4
III. VENRO-Forderungen an die Bundesregierung	5
VENRO-Mitglieder	6
Impressum	7

I. Fakten und Hintergründe

1. Genpflanzen – der neue Weg im Kampf gegen den Hunger?

Die Ernährungslage hat sich in den letzten Jahren in vielen Entwicklungsländern verschlechtert. Dazu haben eine ganze Reihe von Ursachen beigetragen, unter anderen die Nahrungsmittelpreiskrise 2008, die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009, die negativen Folgen des Klimawandels, fehlende Investitionen in die ländliche Entwicklung und die Ausweitung von Anbauflächen für Energiepflanzen. Befürworter der Gentechnik in Politik, Privatwirtschaft und Wissenschaft tragen angesichts der verschlechterten Ernährungslage immer wieder vor, Grüne Gentechnik sei ein wirksames Instrument zur Überwindung des Hungers. Die Mehrzahl der Verbraucher sowohl im Norden als auch im Süden misstraut der Gentechnik jedoch nach wie vor. Viele haben Zweifel an der Sicherheit dieser Technologie bezüglich Gesundheit und Umwelt und fürchten negative wirtschaftliche Folgen. In Politik und Wissenschaft mehren sich aber auch Stimmen, die der Gentechnik zumindest einen Beitrag zur Verbesserung der Welternährung zutrauen. Genveränderte Pflanzen mit höheren Toleranzen gegenüber Trockenheit und Bodenversalzung könnten die Erschließung zusätzlicher Anbaugelände ermöglichen. Zudem könnten veränderte Inhaltsstoffe genveränderter Pflanzen Mangelerscheinungen vorbeugen. Die Zukunft wird insbesondere in der Verknüpfung von Gentechnik und Ökologie gesehen.¹ Im Gegensatz dazu weist der Bericht des Weltagrarrats von 2009 (IAASTD) darauf hin, dass Gentechnik mit steigenden Kosten und Abhängigkeiten für Kleinbauern in Entwicklungsländern verbunden ist und lokal angepasste landwirtschaftliche Entwicklung eingrenzt. Vielversprechender sei eine umfassende Agrarpolitik, die die lokalen Kleinbauern einbindet.²

Aus Sicht des Verbands Entwicklungspolitik birgt die Grüne Gentechnik insgesamt mehr Risiken als Chancen für kleinbäuerlich geprägte ländliche Räume in Entwicklungsländern. Er fordert eine offene und für Produzenten wie Konsumenten transparente Debatte zur Grünen Gentechnik.

2. Verbreitung der Gentechnik in Entwicklungs- und Schwellenländern

Die Verbreitung genmanipulierter Pflanzen hat in den letzten 40 Jahren enorm zugenommen. Seit dem Beginn ihrer Züchtung in den 1970er-Jahren haben sich die Anbauflächen mit genveränderten Pflanzen rasant vermehrt. Von

43 Millionen Hektar im Jahr 2000 haben sie sich bis 2008 auf 125 Millionen Hektar verdreifacht. Immer mehr Entwicklungsländer entscheiden sich – mitunter auch unter dem Druck von Industrieländern und Gentechnikunternehmen und oft unter heftigen Protesten der Bevölkerung, der Bauern und zivilgesellschaftlicher Organisationen – zugunsten der Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzen.

Die weltweit größten Anbauflächen nehmen gentechnisch veränderte herbizidresistente Sojabohnen ein, gefolgt von Mais, Baumwolle und Raps. 2008 wurden Genpflanzen in 25 Ländern auf rund 125 Millionen Hektar angepflanzt. Die Tendenz ist steigend. Die Länder mit den größten Anbauflächen für gentechnisch veränderte Pflanzen sind die USA (62,5 Millionen Hektar), Argentinien (21), Brasilien (15,8), Indien und Kanada (7,6). Auch China, Paraguay und Südafrika bauten gentechnisch veränderte Pflanzen auf einer Fläche von über einer Million Hektar an.³ Die volkswirtschaftliche Bedeutung der als Futtermittel und zur Textilherstellung verwendeten exportierten pflanzlichen Produkte ist teilweise groß. Baumwolle ist in China das wichtigste landwirtschaftliche Produkt und wird zu 70 Prozent aus gentechnisch veränderten Sorten gewonnen. In Brasilien ist Soja mit einem Anteil von zehn Prozent des Gesamtexports das zentrale landwirtschaftliche Produkt. Es wird zu zwei Dritteln mittels gentechnisch veränderter Sorten produziert.

Ein Anbau gentechnisch veränderter Sorten für die Ernährungssicherung und für die lokalen Märkte spielt bisher eine untergeordnete Rolle.

3. Grüne Gentechnik leistet keinen Beitrag zur Lösung des Hungerproblems

Zur Überwindung des Hungerproblems sind auch Produktionssteigerungen in der Landwirtschaft erforderlich. Grüne Gentechnik zielt auf Ertragssteigerungen in der Landwirtschaft mittels Genmanipulierung von Pflanzen. Denn Unkräuter, Schadinsekten, Viren und Pilze führen zu Pflanzenkrankheiten und Ernteausfällen. Die gentechnisch veränderten Pflanzen sollen gegen diesen sogenannten biotischen Stress resistent gemacht werden. Aufgrund der einsetzenden Resistenzenbildung bei Unkräutern und Schädlingen wurde bisher allerdings nicht wissenschaftlich untermauert, dass Grüne Gentechnik tatsächlich dauerhaft zu Ertragssteigerungen führt. Wissenschaftlich erwiesen ist jedoch, dass eine ökologisch nachhaltige und standortangepasste Landwirtschaft zu erheblichen Produktionssteigerungen führen kann.

Letztlich geht es bei der Überwindung des globalen Hungers aber nur teilweise um Produktionssteigerungen. Konzepte zur Hungerbekämpfung, die ausschließlich von der Produktionsseite her denken – wenn mehr produziert wird, können auch mehr Menschen ernährt werden – haben

1 Kempken, F., Mit Grüner Gentechnik gegen den Hunger?, Aus Politik und Zeitgeschichte, Februar 2009, S. 21 ff.

2 Agriculture at a Crossroads, International Assessment of Agricultural Science and Technology for Development (IAASTD), Synthesis Report, 2009, S. 8.

sich nur als Teilwahrheit erwiesen. Die landwirtschaftliche Überproduktion in Industriestaaten kann nicht dazu beitragen, den Hunger in Entwicklungsländern langfristig zu beseitigen. In den Jahren 2008 und 2009 wurde wieder ein neuer Rekord bei der Weltgetreideernte erzielt. Doch bereits in der Vergangenheit konnten Umverteilungsbemühungen wie Nahrungsmittelhilfe und finanzielle Transfers den Hunger nicht wirklich reduzieren.

4. Hunger hat ein ländliches Gesicht

Eine Milliarde Menschen hungern. 50 Prozent der Hungernden sind Kleinbauern, 22 Prozent Landlose und acht Prozent Menschen, die von der Fischerei-, Wald- und Weidewirtschaft leben. Die restlichen 20 Prozent sind städti-

sche Arme. Eine erfolgreiche Hungerbekämpfungsstrategie bedeutet vor allem, dass dort investiert werden muss, wo der Hunger am größten ist: das heißt in den ländlichen Räumen der Entwicklungsländer. Unterstützung und Anreize für kleinbäuerliche Nahrungsmittelproduktion, insbesondere für Marktproduktion und Infrastrukturinvestitionen, müssen geschaffen werden. Das bedeutet Zugang zu Krediten, zu Produktionsmitteln, zu Wissen und gesicherten Zugang zu Land. Zudem gehört eine faire Handelspolitik zu den Voraussetzungen einer Hungerbekämpfung auf dem Land. Die Agrarforschung muss so ausgerichtet werden, dass sie lokale Anbaupraktiken und Produktionsweisen berücksichtigt, um hierauf aufbauend durch Forschung und Beratung den jeweiligen Regionen angepasste Lösungen für Anbau und Ertrag zu erarbeiten.

II. Grüne Gentechnik schadet der ländlichen Entwicklung – fünf Argumente

1. Gentechnik ist teuer und unwirtschaftlich

Die Forschung der Grünen Gentechnik konzentriert sich bislang auf Herbizid- und Pestizid-Intoleranzen und liegt hauptsächlich in privater Hand. Es gibt bislang kaum gentechnisch veränderte Pflanzen, die gezielt auf die Bedürfnisse armer und damit technisch nur rudimentär ausgestatteter kleinbäuerlicher Landwirtschaft entwickelt wurden. Die Entwicklung gentechnisch veränderter Pflanzen ist teuer. Aus diesem Grund werden nur Pflanzen entwickelt, die für eine industrialisierte Landwirtschaft von Nutzen sind. Für globale Unternehmen lohnen sich Investitionen in Forschung und Entwicklung nur, wenn die Einführung der genetisch veränderten Pflanzen Patentgebühren bringt und den Absatz der von ihnen produzierten Unkraut- und Schädlingsbekämpfungsmittel befördert. Für die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Entwicklungsländern haben diese Pflanzen keinerlei Nutzen. Im Gegenteil: Der Vorteil, den die Aussaat von Genpflanzen in den Industrieländern bringt, die Reduzierung von Arbeitskraft, ist für Entwicklungsländer von Nachteil. Denn Arbeitskraft ist mit der biologischen Vielfalt ihr wichtigstes Kapital. Zudem können sich Kleinbauern in aller Regel die Gensaat nicht leisten und müssten sich dafür verschulden.

2. Gentechnik unterminiert die Entwicklung lokal angepasster Landwirtschaft

Kleinbauern kennen und entwickeln selbst lokale Lösungen, die auf dem Schutz und Nutzen der biologischen Vielfalt basieren. Gentechnisch verändertes Saatgut ist durch Patente rechtlich vor dem Nachbau geschützt. Eine Eigen-

vermehrung ist nicht möglich. Es entstehen Abhängigkeiten von einigen wenigen Saatgutherstellern. Das traditionelle Recht bäuerlicher Gemeinschaften, Saatgut untereinander zu tauschen, es weiterzuentwickeln und einen Teil der Ernte für die nächste Aussaat zurückzubehalten, wird unterminiert. In Afrika und Asien sind vor allem Frauen für die Ernährung der Familien zuständig. Die Eigenverantwortung der Bäuerinnen, die für die Selektion, Lagerung und Aussaat zuständig sind, wird ausgehebelt.

3. Gentechnik ist nicht kontrollierbar

Die Langzeitwirkungen auf Mensch und Natur sind nicht bekannt. Die Einführung gentechnisch veränderter Pflanzen in die Natur ist nicht reversibel. Auskreuzungen gentechnisch veränderter Pflanzen sowohl auf Felder der konventionellen als auch der biologischen Landwirtschaft können nicht verhindert werden. Zu beobachten ist die Entwicklung von resistenten Schädlingen und Unkräutern, die wiederum einen erhöhten Chemikalieneinsatz erforderlich machen. Die biologische Vielfalt, vor allem in den Ländern des Südens, wird gefährdet. Langzeitwirkungen auf die Artenvielfalt und Gesundheit werden nicht ausreichend erforscht.

Die Trennung, Kennzeichnung und Identitätsbewahrung, Haftung und Rückverfolgbarkeit, die für den Einsatz von Gentechnik erforderlich sind, sind in den Entwicklungsländern kaum umzusetzen. Denn die meisten Entwicklungsländer sind von ihrer institutionellen und personellen Ausstattung nicht in der Lage, mit Grüner Gentechnik und ihren möglichen Vor- und Nachteilen umzugehen.

4. Gentechnik verringert die Artenvielfalt

Es besteht die Gefahr, dass die biologische Artenvielfalt, insbesondere in Entwicklungsländern, verringert wird, Kontamination (durch Vermischung der Gensubstanz) von indigenen Landrassen (Beispiel Mais in Mexiko) durch wilde Auskreuzung überhandnimmt und die Wahlfreiheit der Kleinbauern und -bäuerinnen dort durch den Verlust einheimischer, nicht genveränderter Nutzpflanzen eingeschränkt wird. In der Konsequenz führt dies dazu, dass wichtige Nahrungspflanzen in diesen Ländern noch mehr marginalisiert werden, dass traditionelle Züchtung und bäuerliche Innovationen vollends ihren Stellenwert verlieren und bäuerliche Existenzen gefährdet werden.

5. Gentechnik vernachlässigt ernährungswissenschaftliche Aspekte

Das oft als zentral angeführte Argument, die Nutzung Grüner Gentechnik verbessere die Nahrungsmittelqualität, wie zum Beispiel die Vitamin-A-Versorgung durch den wegen der gelben Farbe so genannten »golden rice« ist wissenschaftlich nicht haltbar.⁴ Im Gegenteil: Die Verbreitung solcher Genpflanzen verdrängt den Gemüseanbau und das Wissen über natürliche Vitaminquellen. Einer Mangelernährung sollte durch eine abwechslungsreiche und vielfältige Ernährung entgegengewirkt werden und nicht durch die Einpflanzung artfremder Gene in Grundnahrungsmittel. Zudem ist die Akzeptanz dieser Nahrungsmittel in der Bevölkerung nicht gegeben.

III. VENRO-Forderungen an die Bundesregierung

Der Koalitionsvertrag will ländliche Entwicklung fördern. Dies ist begrüßenswert. Gleichzeitig verweist er aber auch darauf, dass Grüne Gentechnik einen Beitrag zur Bekämpfung des Welthungers leisten kann. Dies lehnt VENRO aus den dargelegten Gründen ab. Beides darf nicht miteinander verknüpft werden.

VENRO fordert:

1 Der Schlüssel für die Hunger- und Armutsbekämpfung liegt in der ländlichen Entwicklung. Ländliche Entwicklung muss darum wieder ein Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit werden.

2 Zur Hungerbekämpfung ist eine Agrarforschung notwendig, die auf die Bedürfnisse und Problemlagen der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und deren Fähigkeiten und Kenntnisse abgestimmt ist. Eine solche öffentliche Agrarforschung in den Entwicklungsländern muss gefördert und unterstützt werden.

3 Aus entwicklungspolitischer Sicht ist es nicht sinnvoll, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen finanziell zu unterstützen. Es gibt bessere und effizientere Wege zur Überwindung des Hungers.

4 Dem Schutz der biologischen Vielfalt und ökosozial nachhaltiger landwirtschaftlicher Produktionsformen und Techniken ist entwicklungspolitisch Vorrang zu geben, um bäuerliche Existenzen in der lokalen Landwirtschaft zu stärken und zu erhalten.

5 Das Patentrecht ist so zu gestalten, dass es nicht zu einer unüberwindlichen Barriere für unabhängige öffentliche Agrarforschung in Industrie- und Entwicklungsländern wird und die Rechte der Bauern und der Länder auf traditionelles Wissen und auf indigene pflanzliche Ressourcen anerkennt. Ihre über Jahrhunderte kulturell erworbene biologische Vielfalt und gewohnheitsrechtlich entstandenen Tauschverhältnisse müssen respektiert werden.

⁴ Welthungerhilfe (Hrsg.), Grüne Gentechnik: Chancen und Risiken für die internationale Ernährungssicherung, Mai 2004, S. 32 ff.

VENRO-Mitglieder (Stand: Mai 2010)

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Ärzte der Welt
- Ärzte für die Dritte Welt
- Ärzte ohne Grenzen*
- africa action/Deutschland*
- Akademie Klausenhof
- Aktion Canchanabury
- Andheri-Hilfe Bonn
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungs-ethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband*
- AWO International
- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
- BONO-Direkthilfe
- Brot für die Welt
- Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung
- CARE Deutschland-Luxemburg
- Caritas International
- Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala
- ChildFund Deutschland
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland
- Das Hunger Projekt
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Blindenhilfswerk
- Deutsches Komitee für UNICEF*
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge*
- Deutsches Rotes Kreuz*
- DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz
- Difäm
- Eine Welt Netz NRW
- Eine Welt Netzwerk Hamburg
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)
- Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
- FIAN-Deutschland
- Gemeinschaft Sant' Egidio
- Germanwatch
- Handicap International
- HelpAge Deutschland
- Hildesheimer Blindenmission*
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- humedica
- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- Internationaler Hilfsfonds
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland
- Johanniter-Auslandshilfe
- Jugend Dritte Welt (JDW)
- Kairos Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kindernothilfe
- Lateinamerika-Zentrum
- Lichtbrücke
- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- matterna – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR
- Missionszentrale der Franziskaner*
- Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í in Deutschland
- NETZ Bangladesch
- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT
- Opportunity International Deutschland
- ORT Deutschland
- Oxfam Deutschland
- Peter-Hesse-Stiftung
- Plan International Deutschland
- Rhein-Donau-Stiftung*
- Rotary Deutschland Gemeindienst*
- Salem International
- Samhathi – Hilfe für Indien*
- Save the Children Deutschland*
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst-international
- Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste
- Swisscontact Germany
- Terra Tech Förderprojekte
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen*
- TransFair
- UNO-Flüchtlingshilfe
- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)
- Weltfriedensdienst
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service Deutsches Komitee
- World Vision Deutschland
- W. P. Schmitz-Stiftung
- Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand

VENRO hat zurzeit 118 Mitglieder

* Gastmitglied

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Telefon: 02 28/9 46 77-0

Fax: 02 28/9 46 77-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Redaktion: Anke Kurat

Endredaktion: Kirsten Prestin

Titelfoto: i-bio/www.biosicherheit.de

Satz & Layout: Just in Print, Bonn

Druck: Druckerei Engelhardt, Neunkirchen

Auflage: 1.000 Stück

Bonn, Mai 2010

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Zu den VENRO-Mitgliedern gehören 16 Eine-Welt-Landesnetzwerke. Sie repräsentieren etwa 2000 lokale entwicklungspolitische Initiativen und NRO.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V.
www.venro.org